

Seite:	16:59:55	Gattung:	Online News
Ressort:	Debatte	Jahrgang:	2019
Rubrik:	Debatte	Nummer:	0
Weblink:	https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus190415815/Horst-Teltschik-Fangen-wir-an-auf-Russland-zuzugehen.html		

Neues Vertrauen aufbauen

Fangen wir an, auf Russland zuzugehen

Russland und der Westen geraten in eine gefährliche Spirale der Konfrontation. Sie ist nur durch eine neue Entspannungspolitik zu durchbrechen, nicht durch neue Raketen, schreibt Gastautor Horst Teltschik.

Von der großartigen Idee einer gesamt-europäischen Friedensordnung von Vancouver bis Wladiwostok, basierend auf Demokratie, Menschenrechten und liberaler Marktwirtschaft, wie sie so eindrucksvoll in der Pariser Charta für ein neues Europa verankert ist, sind wir heute meilenweit entfernt.

Aufrüstung, konventionell wie atomar, regionale wie lokale militärische Konflikte auf fast allen Kontinenten, Autokratie und Rechtspopulismus statt Demokratie, Nationalismus statt Multilateralismus, wirtschaftliche Abschottung statt Freihandel sind mehr und mehr die bestimmenden Elemente im Zusammenleben der Völker.

Und das vollzieht sich vor dem Hintergrund gemeinsamer Bedrohungen, denen sich kein Kontinent, kein Land entziehen kann: Klimawandel, Verschmutzung der Weltmeere, Terrorismus, Pandemien, Cyberwar, Flüchtlingsströme, die Militarisierung des Weltraums. Diese weltweiten Gefährdungen erfordern globale und regionale Verständigung und Zusammenarbeit.

Stattdessen dreht sich die Eskalationsspirale. Es finden kleine und große Manöver auf beiden Seiten statt. Kampfflugzeuge kontrollieren wieder die Grenzen. Nato-Schiffe und russische Zerstörer kreuzen in der Ostsee und im Schwarzen Meer. Russland stellt Raketenysteme in Kaliningrad auf. Selbst russische Politiker warnen vor unbeabsichtigten Zusammenstößen, die schnell außer Kontrolle geraten könnten.

Das Thema Abrüstung und Rüstungskontrolle findet sich gleichwohl in keiner der Erklärungen und Reden des Nato-Generalsekretärs. Aufrüstung bestimmt auf allen Seiten, in Ost wie West, die internationale Sicherheitsagenda. Und der Nato-Russland-Rat, der

ein "Mechanismus für Konsultation, Koordination und, im größtmöglichen Umfang ... für gemeinsame Entscheidungen und gemeinsames Handeln in Bezug auf Sicherheitsfragen von beiderseitigem Interesse" sein sollte, steht auf einem Abstellgleis.

Krisen machen Austausch unausweichlich

Vereinbart war, dass der Ständige Gemeinsame Rat zweimal jährlich auf der Ebene der Außenminister und der Verteidigungsminister sowie monatlich auf der Ebene der Botschafter bzw. Ständigen Vertreter beim Nordatlantischen Rat tagen soll und - "wenn angebracht" - auch auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs.

Umso verständlicher ist es, dass der Ständige Gemeinsame Rat nicht nur wegen des Georgienkrieges von August 2008 bis März 2009 suspendiert war, sondern auch anlässlich der Ukraine-Krise zwischen Juni 2014 und April 2016 auf Eis gelegt wurde.

Seit 2016 gab es insgesamt sieben Treffen, ausschließlich auf der Ebene der Botschafter, die weisungsabhängig sind und weder eigene Entscheidungen treffen noch eigene Vorschläge einbringen können. Die Frage, wieso dieses Gremium gerade in einer Krisensituation nicht genutzt wird, stellt sich umso mehr, als Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg ständig dessen Wichtigkeit betont.

Warum gab und gibt es in dieser schwierigen Situation keine Sitzungen auf Ministerebene oder auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs? Gleichzeitig erklärt die Nato, sie bleibe "offen für einen regelmäßigen, fokussierten und sinnvollen Dialog". Schön gesagt, aber getan?

Auf der gemeinsamen Pressekonferenz

mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am 15. Juni 2018 in Berlin berichtete Nato-Generalsekretär Stoltenberg, dass die Verteidigungsausgaben der USA in Europa zuletzt um 40 Prozent gestiegen seien. Washington verlege Ausrüstung nach Europa und stationiere zusätzliche Truppen insbesondere in Polen und im Baltikum. "Wir haben die nachdrücklichste Stärkung unserer gemeinsamen Verteidigung seit dem Kalten Krieg aufgelegt."

Nato-Truppen stehen wieder an der russischen Grenze, weil die Allianz auf ihrem Warschauer Gipfel 2016 beschlossen hat, je etwa 1000 Mann in die drei baltischen Staaten und nach Polen zu verlegen. Auch 450 Bundeswehr-Soldaten befinden sich daher seit August 2017 im Rahmen eines Nato-Kampffverbandes in Litauen, gerade einmal hundert Kilometer von der russischen Grenze entfernt.

Die Nato will auf diese Weise den drei baltischen Staaten wie Polen ihre Unterstützung gegen eine mögliche Bedrohung durch Russland zusichern. Im Kreml wurde daraufhin in einem persönlichen Gespräch gesagt, Russland werde keinen Selbstmord begehen. Sie wüssten, dass es ein Angriff auf die Nato wäre.

Die Liste der Kritik an Russland ist lang, und sie ist keineswegs unberechtigt. Russland fordere, so die Nato, die euro-atlantische Sicherheit heraus durch "hybride Aktionen, einschließlich der versuchten Einflussnahme auf Wahlprozesse", und führe "weit verbreitete Desinformationskampagnen und böswillige Cyber-Aktivitäten" durch.

Die gefährliche Strategie der Nato

Belastet wird das Verhältnis neben allen bereits genannten Faktoren auch durch den Einsatz des Nervengiftes Nowit-

schok bei dem Attentat in England. Der generelle Vorwurf der Nato lautet, Russland habe "die Stabilität und Sicherheit verringert, die Unvorhersehbarkeit erhöht und das Sicherheitsumfeld verändert". Doch was folgt daraus? Welche Schritte sind am ehesten geeignet, Stabilität und Sicherheit wiederherzustellen? Die Nato verfolgt gegenwärtig eine starre Strategie. Sie setzt einseitig darauf, dass der Gegner nachgibt, wenn man nur geschlossen hart bleibt und keinen Zweifel an der eigenen Bereitschaft zur weiteren Eskalation lässt. Doch bei Lichte betrachtet ist das eine sehr gefährliche Vorgehensweise. Was passiert, wenn Russland nicht nachgibt? Sollte man Moskau nicht den Weg über die Brücke erleichtern? Wäre es jetzt nicht an der Zeit, wie Alexej Gromyko, Direktor des russischen Europa-Instituts in Moskau, im November 2018 zu Recht forderte, die wechselseitigen Anschuldigungen in professioneller Weise und nicht über eine "Megafon-Diplomatie" zu behandeln? Stattdessen sollten Militärexperten beider Seiten gemeinsam alle entstandenen Probleme diskutieren. Präsident Putin hat Donald Trump laut Gromyko bereits im Juli 2018 in Helsinki entsprechende Vorschläge unterbreitet. Sie schlossen die Streitfragen INF und START III ein. Und in seinem Neujahrsschreiben an den amerikani-

schen Präsidenten hat Putin Ende 2018 seine Offenheit für Gespräche über eine "weitreichende Agenda" bekräftigt. Wenn die Nato ihre gegenwärtige Politik fortsetzt, wird der Konflikt weiter eskalieren. Russland fühlt sich stark und wird auch einem weiter erhöhten Druck nicht weichen. Man kann nur hoffen, dass es keiner neuen Kubakrise bedarf, bis ein Umdenken stattfindet und wieder das Streben nach Entspannung und Rüstungskontrolle in den Vordergrund rückt. Was im Westen fehlt, sind Politiker, die die vereinbarten Ziele - wie die Pariser Charta von 1990 - ständig in Erinnerung halten und für sie werben. Nichts hat den Weg in die Konfrontation so beschleunigt wie das wachsende gegenseitige Misstrauen zwischen Russland und dem Westen. Gegenwärtig vermuten beide Seiten bei ihrem Gegenüber meist die schlimmstmöglichen Absichten und Motive. Die entscheidende Währung, um die gegenwärtige Krise zu überwinden, ist daher Vertrauen - insbesondere zwischen den handelnden Politikern. Es kann jedoch in der aktuellen Situation nur Schritt für Schritt aufgebaut werden. Das setzt auch jeweils einen gewissen Vertrauensvorschluss voraus; das heißt nichts anderes, als dass man selbst bereit sein muss, sich einem gewissen Risiko auszusetzen, dass das entgegengebrachte Vertrauen missbraucht oder

nicht mit dem gleichen Vertrauen beantwortet wird. Wenn ich Vertrauen gewinnen will, darf ich dem Partner aber keine Bedingungen stellen oder Sanktionen ankündigen.

Kein anderer Staat hat so gute Voraussetzungen wie Deutschland, um die Beziehungen mit Russland zu entwickeln und nach und nach wieder zu verbessern. Gemeinsam mit Frankreich sollte Deutschland dabei im westlichen Bündnis eine Führungsrolle übernehmen und den gegenläufigen Tendenzen in Washington und den osteuropäischen Mitgliedsstaaten weiterhin offensiv entgegenzutreten.

In Russland wächst seit 1990 eine neue Generation auf. Sie hat keine Sowjetunion, keinen Kommunismus und keinen Kalten Krieg erlebt. Sie will eine friedliche und materiell gesicherte Zukunft - wie alle Menschen in Europa.

Wir sollten zusammenarbeiten, die bereits errichteten Brücken weiter pflegen, neue Brücken bauen. Wie die Bundeskanzlerin einmal im Bundestag sagte: "Brücken sind schnell zerstört, aber es dauert lange, sie wiederaufzubauen." Fangen wir wieder an.

Der Text ist ein Vorabdruck aus "Russisches Roulette. Vom Kalten Krieg zum Kalten Frieden" (Beck), das am 21. März erscheint.

Abbildung:	Wladimir Putin
Fotograf:	dpa/Alexei Nikolsky
Abbildung:	Horst Teltschik war ein enger Vertrauter Helmut Kohls und dessen außenpolitischer Berater. Von 1999 bis 2008 leitete er die Münchner Sicherheitskonferenz
Fotograf:	picture alliance / Eventpress
Abbildung:	2018 haben die Vereinigten Staaten mehr als zehnmals so viel Geld für Verteidigung ausgegeben wie Russland. Mit einem Budget von über 640 Milliarden US-Dollar lagen sie zudem auch weit vor den Militärmächten China und Saudi-Arabien.
Fotograf:	WELT/Gerrit Seebald
Fotograf:	dpa/Alexei Nikolsky
Fotograf:	picture alliance / Eventpress
Fotograf:	WELT/Gerrit Seebald
Wörter:	1221
Urheberinformation:	(c) Axel Springer SE